

## **Israel und Jordanien nach der Wahl – Varianten einer Systemkrise –**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

Die israelische Bevölkerung einschließlich der Siedler in der Westbank und auf den Golanhöhen sowie die Jordanier haben am 22. und 23. Januar gewählt. Gaben hier von den etwa 5,66 Millionen Wahlberechtigten mehr als 3,8 Millionen Bürger jüdischer und arabischer Herkunft ihre Stimme ab, über die 120 Sitze in der 19. Knesset zu entscheiden, so ließen sich in Jordanien 2,3 Millionen Bürger registrieren, um über die Zusammensetzung des 150-köpfigen Unterhauses zu befinden. Zwei Bilanzierungen vorweg:

Die Wahl in Jordanien zum 17. Parlament hat zum voraussichtlich letzten Mal die Kräfte des politischen Beharrens auf den alten Machtstrukturen bestätigt. Die regimetreuen Wähler und die Angehörigen der beduinischen Stämme aus den ländlichen Räumen werden bei einer Wahlbeteiligung von offiziell fast 57 Prozent weiterhin die überwältigende Mehrheit im neuen Parlament stellen. Damit ist die palästinensische Bevölkerungsmehrheit in den Städten schwerlich repräsentiert.

Der Ausgang in Israel mit einer Wahlbeteiligung von über 67 Prozent kann nicht überraschen. Dass, wie behauptet wurde, der Rechtsruck durch ein Patt ersetzt worden sei, das zu neuen politischen Hoffnungen Anlass gäbe, ist unbegründet. Rechts hat es lediglich einen Stimmenaustausch zugunsten Naftali Bennetts „Jüdischem Haus“ zu Lasten des Bündnisses aus Benjamin Netanjahus „Likud“ und Avigdor Liebermans „Unser Haus Israel gegeben.

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 24. Januar 2013. Nachtrag am 25.01.2013: Nach Auszählung aller Stimmen kommt die Partei von Naftali Bennett „Das jüdische Haus“ nunmehr als 12 statt bisher 11 Mandate zu Lasten der „United Arab List – Taal“, die nunmehr mit 4 Abgeordneten in die Knesset einzieht.

Das sogenannte Mitte-Links-Lager mit Shelly Yachimovich (Arbeitspartei), Zahava Galon („Meretz“) und Tsipi Livni („Die Bewegung“) hat programmatisch keinen gemeinsamen Nenner gefunden. Die drei arabischen Parteien, die „United Arab List – Taal“, die „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit – Hadash“ sowie die „Nationaldemokratische Versammlung – Balad“ werden auch diesmal auf den Oppositionsbänken landen; ihrem Stimmenzuwachs unter jüdischen Wählern, der besonders „Hadash“ zugutekam, stand eine als enttäuschend empfundene Wahlbeteiligung im arabischen Sektor gegenüber.

Eine Zweistaatenregelung ist drittens so weit wie eh und je entfernt, nur Galon und Livni haben sich (letztere mit Einschränkungen) offen dazu bekannt. „Was war, wird sein“, lauteten die Erwartungen an die Zukunft. Nachdem die Mehrheit der jüdischen Israelis der Auseinandersetzungen um die palästinensischen Gebiete überdrüssig geworden ist, dominiert die Sozial- und Wirtschaftspolitik mit Forderungen nach dem Ende der „schleichenden Enteignung“ des Mittelstandes durch den aufgeblähten Militär- und Sicherheitshaushalt. Nach der Absage an die politische Mitte hat Israel eine veritable Identitätskrise zu gewärtigen.

### Aktuelle Fragen und auf Dauer angelegte Konstanten

Gleichwohl lassen die Wahlergebnisse einige Unwägbarkeiten erkennen. Da ist zunächst die Frage, ob der Listenverbindung „Unser Haus Likud“ Beständigkeit beschieden ist. Lieberman, dem in Kürze ein Verfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch droht, hat früh angekündigt, dass seine Partei nach dem 22. Januar in die Selbständigkeit zurückkehren werde. Würde er die parlamentarische Fraktionsgemeinschaft aufkündigen und käme es darüber zum Streit über die Verteilung der Mandate zwischen beiden Parteien, stünde

Shimon Peres vor der heiklen Entscheidung, wen er mit der Regierungsbildung beauftragen soll.

Die zweite Unbekannte folgt auf dem Fuß. Wird sich die Arbeitspartei tatsächlich einem Kabinett unter Netanjahu verweigern? Kann es sich Bennett leisten, mit den ultraorthodoxen „Sefardischen Thorawächtern (Shas)“ und der Partei „United Torah Judaism“ auf der Regierungsbank zu sitzen, nachdem ihn der spirituelle „Shas“-Mentor Ovadia Yosef vor wenigen Tagen als den Anführer einer „Partei von Nichtjuden“ beschimpft hat, weil er mit der Forderung nach Einführung der Zivilehe und des öffentlichen Verkehrs am Shabbat sowie mit der Kürzung der Kinderzuschläge für orthodoxe Familien die Thora zerstöre? Kann Netanjahu auf Bennett als Minister setzen, was ihm international den letzten Kredit kosten würde, nachdem dieser öffentlich für die Annexion von 60 Prozent der Westbank plädiert hat?

Die Konstanten liegen ebenfalls offen zu Tage. Netanjahus Status-quo-Instinkt kommt die Unterstützung durch Lapid höchst gelegen, der – wenn er vom Staat Israel spricht – das Territorium zwischen Mittelmeer und Jordan meint; da unterscheidet er sich von Bennett nur in der kämpferischen Rhetorik. Eher dürfte dem politisch unerfahrenen früheren TV-Moderator (und damit der verlässlichen Regierungsmitverantwortung) zum Verhängnis werden, dass seine Partei über keinen stabilen Apparat verfügt und ihn mithin das Schicksal der Organisationsschwäche von „Kadima“ ereilen könnte, die von 28 auf 2 Mandate abstürzte.

### Abdullah II. kämpft um seine Monarchie

Ähnlich dramatisch bieten sich die Herausforderungen in Jordanien dar: Es geht um die Zukunft des Königreichs, ausgelöst durch die demographischen Ungleichgewichte, das Stadt-Land-Gefälle sowie die ökonomische Belastungen. Abdullah II. ist in den vergangenen

Monaten nicht müde geworden, an die staatsbürgerliche Loyalität seiner Untertanen zu appellieren, nachdem zwei der drei Tabus gefallen sind: Nach den Rufen, der König möge abdanken, und im Zuge des Missbehagens über das beduinische Gefüge im hohen Offizierskorps hat nur der Islam als unantastbare Bastion im kollektiven Selbstverständnis Bestand behalten.

Deshalb erschien es folgerichtig, dass der politische Arm der Moslembrüder, die palästinensisch geprägte „Islamische Aktionsfront“, als stärkste Formation im oppositionellen Lager zum Boykott der Wahlen aufrief, nachdem die unter dem Eindruck des „arabischen Frühlings“ ausgerufene Epoche politischer Reformen, zu denen ein neuer Zuschnitt der Wahlkreise zugunsten der bevölkerungsreichen Städte sowie das Ende von Korruption und Klientelismus gehört hätten, keine befriedigenden Ergebnisse geliefert hat.

Heute stehen die sorgsam gehüteten Prärogativen des Königshauses – die Berufung des nunmehr 77. Ministerpräsidenten, die verordnete Bedeutungslosigkeit des Parlaments, das Privileg bei Gesetzentwürfen, die Befehlsgewalt über das Militär sowie der strikte Vorbehalt in der Außenpolitik – am öffentlichen Pranger. Ein hohes Gefährdungspotential geht überdies von den mittlerweile rund 300.000 syrischen Flüchtlingen aus, das auf die territoriale und politische Integrität des Landes durchschlagen könnte. Ob Abdullahs Angebot einer konstitutionellen Monarchie dem systemisch bedingten Stillstand überwindet, dürfte höchst zweifelhaft sein, zumal da sich der König nicht auf die Rolle des Moderators einlassen, sondern an manchen Machtbefugnissen festhalten will.

Jenseits des Rufs nach der Verbesserung der Lebensbedingungen der zwei Millionen palästinensischen Flüchtlinge von 1948 und 1967 mit ihren Nachkommen, von denen insgesamt nur noch 17 Prozent in Lagern leben, wird mit großer Gewissheit der als fatal bewertete

Verzicht König Husseins vom Juli 1988 neu thematisiert werden, auf die Souveränität über die Westbank zu verzichten und sie der PLO zu übergeben, die seit den Osloer Vereinbarungen am israelischen Regierungshandeln gescheitert ist. Theodor Herzls Ruf an die jüdische Diaspora „Wir sind ein Volk, ein Volk“ hat die Palästinenser diesseits und jenseits des Jordans erreicht.

Damit gerät wieder einmal das regionale und internationale Umfeld in den Blick. Wird Saudi-Arabien einen Abschied vom königlichen Autoritarismus des Nachbarn tolerieren? Werden die USA der Ankündigung Barack Obamas vom 21. Januar politische Taten folgen lassen, weltweit – und damit auch in Jordanien – demokratische Entwicklungen zu fördern, statt dem Königreich allein die Funktion als weiteren strategischer Stabilitätsanker zuzumessen? Wie kann das Land ohne die ständigen Finanzhilfen und Entwicklungszusagen überleben, solange der Entfremdungsprozess im Innern nicht gestoppt wird?

Mit Israel teilt Jordanien das Schicksal von Ungewissheiten, die die Fundamente unterspülen.

---

*Am 28. Januar 2013 verbreitete die Presseabteilung der „Palestine National Liberation Movement“ die eine verhalten optimistische Bewertung des Ausgangs der Wahlen in Israel, die sich auf Veränderungen der internationalen Wahrnehmung des Konflikts beruft:*

Looking back at the Israeli elections and their results, it is still too early to guess about the future government coalition Israel and the political course Israel is going to take. Definitely, Netanyahu will be leading the government coalition but he will not be the only decision maker. This time he will not be alone with Lieberman and Barak to decide whether to go to war on Gaza or Hezbollah, or threaten to launch a preemptive war against Iran. Their primary misfortune is

that neo-cons are not the ruling force in the White House and attacking Iran is not a priority on the agenda of the Democrats.

On the other hand, warmongering and continuous drumbeat against Iran can no more be used as an instrument to divert international attention from Israel's own obligations towards peace with the Palestinians.

Palestinians who believe in the school of thought of love and tolerance cannot imagine to be thrown out of their homes because a certain God's promise; since they believe that all humans are equal creatures of the almighty God regardless of their color, race and belief. Yet, the problem is not with God, but with his sinful tribes who interpret the words of God according to their own interests and greed. This reminds us of an old biblical saying that God created man according to his own image, yet, the fact is that man created his own God according to his own image.

In the Palestinian case, Palestinians have been facing since decades an Israeli vicious onslaught against their proper existence. It is true that they have not been so successful since Western powers stood in favor of the expansionist Israeli project in Palestine. Palestinian sufferings and human rights violations, land theft and ethnic cleansing were just overlooked to satisfy the Israeli ally who introduced himself as the champion of Western interests in an oil rich region.

Fortunately, the world is changing, the same as Western interests in the region. A certain level of maturity has been reached and international relations are developing towards more balanced human rights relations and the Middle East is no exception.

Some Western Governments have still the luxury of hesitating whether to side with cause of justice and peace, or to opt for

continuous wars and aggression, though Western public started to doubt the biased attitudes of their governments.

Even the Israeli public started to question the obstinate attitude of their rightist government. Israeli rightist leaders gave the impression that the Israeli public doesn't care about Palestine and the Palestinians and focused their electoral campaigns on social and economic issues as if the Palestine conflict has been swept off the table. Yet the Israeli public has proven to be more politically mature than their rightist and extremist leaders.

Injecting fear within the Israeli society has been a traditional policy of the rightist Israeli political elite. Fear mongering policy has been always used as a tool to push the Israeli society to vote right and extreme right. Such a policy has been adopted as a strategy to block the peace process and impede the creation of a Palestinian state in conformity with the two-state solution.

[www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de)

[www.genfer-initiative.de](http://www.genfer-initiative.de)

-----